



Karl Nehammer, MSc
Bundesminister

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Mag. Wolfgang Sobotka
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2020-0.831.086

Wien, am 29. Jänner 2021

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Schnedlitz und weitere Abgeordnete haben am 30. November 2020 unter der Nr. **4385/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Terroranschlag in Wien am 2. November 2020“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 3:

- *Wurde der MA 35 vom BVT oder vom LVT mitgeteilt, dass der spätere Attentäter in der Slowakei illegal Munition kaufen wollte?*
- *Wenn ja, liegen Ihnen Erkenntnisse vor, dass die MA 35 das Verfahren danach wieder aufgenommen hat?*
- *Wenn ja, welchen Stand hatte das Verfahren zum Zeitpunkt des Terroranschlags am 2. November?*

Nein.

Zur Frage 4:

- *Wenn nein, warum wurde die MA 35 nicht von den Bundesbehörden informiert?*

Die Identifikation des Kaufinteressenten der Munition in der Slowakei war dem Landesamt Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung Wien erst am 20. Oktober 2020 bekannt geworden. Eine Verständigung der Magistratsabteilung 35 wäre erst nach Befragung des Identifizierten zweckmäßig gewesen.

Zu den Fragen 5 bis 8:

- *Haben Sie bzw. Ihr Kabinett jemals einen schriftlichen bzw. mündlichen Bericht über den Stand des Verfahrens erhalten?*
- *Haben Sie als Innenminister jemals ihre Parteienstellung geltend gemacht, um das Verfahren zur Staatsbürgerschaftsaberkennung wieder aufnehmen zu lassen?*
- *Wenn ja, wann haben Sie diese Initiative gesetzt?*
- *Wenn nein, warum ist dies nicht geschehen?*

Nein. Informationen über einzelne unter Beobachtung stehende Personen sind aufgrund der geltenden Berichterstattungspflichten nicht an die Ressortspitze heranzutragen.

Zur Frage 9:

- *Wann gedenken Sie als zuständiger Bundesminister für das Versagen Ihres Ressorts im Vorfeld des Terroranschlags, der vier unschuldige Menschen das Leben kostete, Verantwortung zu übernehmen und zurückzutreten?*

Politische Verantwortung bedeutet Herausforderungen anzunehmen und demokratiepolitisch wichtige Institutionen weiterzuentwickeln.

Darin sehe ich meine Aufgabe, die ich als Innenminister für die Menschen in diesem Land lösen werde.

Karl Nehammer, MSc

